Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Bezugspreis: monatlich Mark 5.00 durch die Austräger ins Haus; durch die Post bezogen vierteljährlich Mark 18.00, monatlich Mark 6.00.
Anzeigenpreis: im Anzeigenteil der Raum der 11gespaltenen Zeile 1.00 Mk., auswärts 1.40 Mk., einschließl. Einzugsgebühr, im amtlichen Teil die halbe Zeile 3.00 Mk., im Reklameteil die Zeile 4.50 Mk.
Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12296.

Tageblatt • enthaltend die **amtlichen Bekanntmachungen** der Amtshauptmannschaften Schwarzenberg und Zwickau, sowie der Staats- u. Städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Hartenstein, Johanngeorgenstadt, Lößnitz, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg bzw. Wildenfels.

Verlag von C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Fernsprech-Anschlüsse: Aue 81, Lößnitz (Amt Aue) 440, Schneeberg 10, Schwarzenberg 19.
Drahtanschrift: Volksfreund Aueerzgebirge.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen. – Für Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. – Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsverzug und Konkurs gelten Rabatte als nicht vereinbart.
Hauptgeschäftsstellen in Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 165. Sonntag, den 17. Juli 1921. 74. Jahrg.

Auf Blatt 422 des Handelsregisters, die offene Handelsgesellschaft in Firma **Moenninghoff & Co.** in Schneeberg betr., ist heute eingetragen worden: Die Prokura des Kaufmanns Paul Arthur Zweiniger ist erloschen.

Amtsgericht Schneeberg, den 12. Juli 1921.

Auf Blatt 175 des hiesigen Handelsregisters, die Firma **Gerber & Müller** in **Lößnitz** betr., ist heute eingetragen worden:
Die Prokura des Kaufmanns **Albert Ernst Oertel** in Lößnitz ist erloschen.

Amtsgericht Lößnitz, den 12. Juli 1921.

Ueber den Nachlaß des am 8. November 1920 in Schwarzenberg-Neuwelt verstorbenen Heilkundigen **Bruno Breitschuh** daselbst wird auf Antrag seiner Erben die Nachlaßverwaltung angeordnet. Zum Nachlaßverwalter wird der Rechtsanwalt Dr. Ficker in Schwarzenberg ernannt.

Schwarzenberg, den 14. Juli 1921. **Das Amtsgericht.**

Lößnitz. Brotmarken-Ausgabe

in der Lebensmittelabteilung
Dienstag, den 19. Juli bis Freitag, den 24. Juli 1921.
Alles Nähere an den Plakattafeln.

Lößnitz, den 14. Juli 1921. **Der Rat der Stadt.**

Die amtlichen Bekanntmachungen sämtlicher Behörden
Abonnenten in den Geschäftsstellen des „Erzgebirgischen Volksfreundes" in Aue, Schneeberg, Lößnitz und Schwarzenberg eingesehen werden.

Pflichtfeuerwehr Schneeberg.

Mittwoch, den 20. Juli, abends punkt 7 Uhr,
findet Uebung statt. Hierzu haben sich alle Personen vom vollendeten **18. bis 30. Lebensjahre** einzufinden.
Stellen der Mannschaften mit dem Anfangsbuchstaben A—L am Archidiakonat; diejenigen mit dem Anfangsbuchstaben M—Z an der Superintendentur.
Alles Fehlen wird bestraft. Entschuldigungen werden nur berücksichtigt, wenn ärztliches Zeugnis und Bescheinigung vom Arbeitgeber beigebracht ist. **Die Branddirektion.**

Holz-Versteigerung. Stadt- und Kirchenwald Lößnitz.

Im **Gasthofe „Zum Sächsischen Hof"** in **Lößnitz** sollen
Donnerstag, den 21. Juli 1921, von vorm. 9 Uhr an:

717 fl. **Stämme**	10—36 cm	stark,	aufbereitet im Stadtwald Abt. 5 und im Kirchenwald Abt. 6, 14, 17, 23,
36 buch. **Klötze**	19—43	" "	
43 fl. "	13—38	" "	
59 fl. **Derbstangen**	10—13	" "	

gegen sofortige Bezahlung versteigert werden.

Lößnitz, den 16. Juli 1921. **Der Rat der Stadt und Kirchenvorstand.**

Dienstag, den 19. Juli 1921, vorm. 10 Uhr, sollen in Schwarzenberg-Neuwelt **4 Karton Schokolade, 5 Kisten Zigarren** und **70 Päckchen Seifenpulver** meistbietend öffentlich versteigert werden.
Sammelort der Bieter: **Hoys Gasthaus, Neuwelt.**
Schwarzenberg, den 16. Juli 1921. **Der Gerichtsvollzieher.**

Die sächsischen Beamten wehren sich.

Zu der Ernennung des Unabhängigen Ryssel zum Amtshauptmann von Leipzig richtet der **Ministerialrat Dr. Woelker** an **Minister Lipinski** einen **offenen Brief.** Dieser offene Brief ist umso aufsehenerregender, als hinter ihm offenbar die **gesamte höhere Beamtenschaft** steht und außerdem, als Herr Ministerialrat Dr. Woelker als Stellvertreter des beurlaubten Ministerialdirektors Dr. Schulze **zurzeit Chef der Staatskanzlei** und damit die **rechte Hand des Ministers Lipinski** ist. In dem Briefe heißt es:

„**Herr Minister!** Mit dem Vorschlag des neuen Amtshauptmanns von Leipzig haben Sie der **Beamtenschaft einen schweren Schlag** versetzt. Die Zusicherungen, die nach dem Umsturz von ihren Amtsvorgängern der Beamtenschaft in bündiger Form gegeben worden sind, haben Sie beiseitegeschoben. Die Begleitumstände dulden nicht, den Fall als Einzelerscheinung hinzunehmen, er bedeutet ein Programm, ein System. Hierin liegt seine Wichtigkeit, seine Gefahr. **Er ruft die Beamtenschaft auf den Kampfplatz,** sie fühlt sich in **ihren Berufsrechten** und in ihrem **Bestand bedroht,** in ihrer Zukunft **gefährdet,** der **Parteipolitik ausgeliefert!**

Die Beamtenschaft hat anderes verdient. Wesentlich ihrem staatstreuen Ausharren ist es zu danken, daß nach dem Umsturz das Staatsgefüge einigermaßen zusammenhielt und das Chaos verhütet werden konnte. Man hat uns dieses Ausharren seinerzeit vielfach verdacht und es uns zum Vorwurf gemacht, daß wir uns so schnell umgestellt, so wenig Rückgrat und Gesinnungsfestigkeit gezeigt hätten. Man übersah dabei, daß es höchste Auffassung von Pflicht war, vielfach durch schwere innere Kämpfe errungen, der Pflicht gegen das Staatsganze, gegen die Volksgemeinschaft, der der Beamte zu dienen hat. Die Stimmen verstummten in allmählicher Erkenntnis der wirklichen Lage. Aber andere wurden laut, feindlichere und ungestümere. Das **„reaktionäre Beamtentum"**, die **„rückständige, allen Fortschritten widerstrebende Bürokratie"**, die **„Geheimnispolitik"** wurden Schlagwörter des Tages und die **„Demokratisierung der Verwaltung"** das Losungswort, von dem man Heilung aller Uebel, Erfüllung aller Wünsche erwartete. Sind diese Schlagwörter aber etwas anderes als die **Verschleierung der Tatsache,** daß eine Reihe von Forderungen scheiterte und sich als unerfüllbar erwies? Es zeigte sich, daß **verneinen und kritisieren leichter ist als Schaffen** und Aufbau, Theorien aufstellen und nachbeten leichter, als in die Tat umsetzen. Jeder Einsichtige, der nach dem Umsturz zur Mitarbeit an Staatsgeschäften berufen war, hat das erfahren und wird es bestätigen. Aber das Parteiprogramm durfte darunter nicht leiden, also mußten andere Gründe herbei. Und bald hatte die Parteipresse die wahren Schuldigen gefunden: Die Beamten waren es, die sich jedem Fortschritt entgegenstemmten und jede Besserung vereitelten. Ich will nicht auf die unwürdigen Verdächtigungen und Beleidigungen eingehen, mit denen die Beamtenschaft von einem Teil der Presse überhäuft wurde, vor allem von der Presse Ihrer Partei, Herr Minister. Ich frage, wie stehen die Dinge in Wirklichkeit? **Die Beamtenschaft hat den Eid auf die Verfassung geschworen** — wohlverstanden, den Eid auf die demokratische Reichs- und Landesverfassung, **nicht den Eid für eine Herbeiführung der Diktatur des Proletariats,** die doch das Ziel Ihrer Partei ist — und sie stellt sich **rückhaltlos auf den Boden dieser Verfassung** in den Dienst des neuen Staates. Sie hat erkannt, daß dies der einzige Weg ist, auf dem sie mit dazu helfen kann, unser Volk aus seiner Not wieder empor zu bringen. Das ist der Geist, der allgemein die Beamtenschaft beseelt. Sie werden auf Einzelfälle hinweisen wollen, Herr Minister, in denen Sie anderen Geist verspürt zu haben glauben. Bedenken Sie, daß manchem Beamten die Umstellung nicht leicht geworden ist. Berücksichtigen Sie, wieviel auf uns eingestürmt ist, welche Fülle von Arbeitslast allen Beamten die neu zu lösenden Probleme gebracht haben; daß manche unter uns durch die Ueberarbeit langer Jahre zermürbt sind, und daß schließlich auch Beamte Nerven haben. Vielleicht werden Sie dann über Entgleisungen milder urteilen. Außerdem aber, Sie haben die Machtmittel, von den Beamten die Treue und loyale Erfüllung der Verfassung zu fordern, gegen Beamte, die es daran fehlen lassen, einzuschreiten. Tun Sie das, die Beamtenschaft wird Ihnen nicht entgegentreten! Sie steht auf dem Standpunkt, wer die Verfassung beschworen hat, muß sie ehrlich und nach bestem Gewissen erfüllen. Wem das nicht paßt, der mag gehen.

Darum, Herr Minister, ist es eine **brüske Herausforderung der Beamtenschaft,** daß sie der **Berufung** des Herrn Reichstagsabgeordneten **Ryssel** die Begründung gegeben haben, sie hätten unter der Beamtenschaft keinen Anwärter finden können, der Ihnen eine absolute Gewähr für eine verfassungsmäßige Geschäftsführung geboten habe, und daß daher die Berufung des Herrn Ryssel eine Staatsnotwendigkeit gewesen sei. Das ist eine **Verletzung unserer Berufsehre und entspricht auch nicht den Tatsachen. Es sind tüchtige vorgebildete Fachleute vorhanden,** die völlig auf dem Boden der Verfassung die Amtshauptmannschaft Leipzig hätten leiten und dank ihrer Persönlichkeit die zweifellos doch vorliegenden besonderen Schwierigkeiten hätten meistern können, vorausgesetzt, daß **sachliche und keine parteipolitische Arbeit** verlangt wird. Und damit komme ich zum Kern.

Warum zwingt die Ernennung die Beamtenschaft auf den Kampfplatz? Vorwiegend aus folgenden drei Gründen:

1. Die Beamtenschaft erachtet es als eine Selbstverständlichkeit, daß, wie für jeden Beruf, so auch für den ihren **sorgfältige Fachbildung** und gründliche Sachkenntnis die **Voraussetzung** bildet. Niemand läßt sich seinen Rock vom Schuster schneidern. Der Amtshauptmann hat keine Politik zu machen. **Er ist Fachbeamter.** Er hat eine Fülle schwieriger Verwaltungsangelegenheiten zu erledigen. Die erfordern ein großes Maß von Rechts- und Wirtschaftskenntnis und gründlicher Verwaltungserfahrung, das sich nicht nebenbei erwerben läßt.

Es ist unmöglich, daß ein Mann, dem die Vorbildung dafür fehlt, diese Tätigkeit umfassend selbständig und mit wirklich eigener Verantwortung ausüben kann. Er braucht Hilfsarbeiter, die einen großen Teil ihrer Zeit dazu verwenden müssen, ihn ins Bild zu setzen, oder er entzieht sich eigener Arbeit, läßt andere für sich arbeiten und beschränkt sich selbst auf die lichten Sphären der höheren Politik. Ist das eine oder andere zu rechtfertigen in einer Zeit, in der alles nach Vereinfachung und Kräfteersparnis drängt? Kann ein solcher Beamter Befriedigung in seinem Berufe finden? Und wird die Arbeit für die ihm unterstellten Fachbeamten erquicklich sein, Herr Minister?

2. Es kann der **Beamtenschaft nicht gleichgültig** sein, wenn ihr bevorstehen sollte, daß ihre **Aufrückungsverhältnisse** durch Einstellung von Nichtfachleuten zunehmend **verschlechtert** würden. Wer Beamter wird, tut das in der Erwartung, einmal auf einen Posten zu gelangen, auf dem er seine volle Persönlichkeit im Dienste der Allgemeinheit auswirken kann. Sollen wir ruhig zusehen, wenn uns gerade die **wertvollsten Posten weggenommen werden.** Wer soll sich bei solchen Aussichten noch zu langwierigem, kostspieligem Studium entschließen? Wer soll die lange, entbehrungsreiche Laufbahn eines Fachbeamten auf sich nehmen, wenn er stets gewärtig sein muß, **durch eine Parteigröße in den Hintergrund gedrängt** zu werden? Wie soll dem Staat unter diesen Umständen ein tüchtiger Beamtennachwuchs gesichert sein? wie sollen gerade tüchtige Kräfte dem Beamtenstand erhalten bleiben, Herr Minister?

3. **Das wichtigste ist aber folgendes:** Können Sie aufrechterhalten, daß die vorgenommene Ernennung durch eine Staatsnotwendigkeit geboten war? Sie haben darin vorwiegend wohl **nur eine Parteinotwendigkeit erblickt.** Eine Notwendigkeit, in die Sie sich Ihrer Partei gegenüber versetzt glaubten. **Aber die Partei ist nicht der Staat.** Das Staatsinteresse geht in entgegengesetzter Richtung. Es fordert, daß das **Beamtentum vor der Politisierung bewahrt** bleibt. Das parlamentarische Prinzip erstreckt sich auf die Minister, aber nicht auf die übrige Beamtenschaft. Es ist ganz **gleichgültig, welcher Partei** ein Beamter angehört, wenn er **verfassungstreu seine Pflicht** tut. Aber dagegen wehren wir uns, daß die **Parteizugehörigkeit** bei der Stellenbesetzung eine Rolle spielt und daß Parteigründe dabei maßgebend sind, ganz gleichgültig, welche Partei in Frage kommt. Die Beamten sind Diener der Gesamtheit, aber nicht einer Partei, sagt Artikel 130 der von uns beschworenen Reichsverfassung. Je schneller mit den parlamentarischen Mehrheiten die Kabinette wechseln können, um so mehr braucht der Staat ein vom politischen Wechsel unberührtes Beamtentum, das unbeeinflußt von rechts oder links der Gesamtheit dient und die Staatsmaschine im Gange hält. Wollen Sie uns mit den Zuständen Amerikas beglücken, wo jeder Kabinettswechsel weite Kreise der Beamten nach sich zieht? Wollen Sie die damit verbundenen allen **Widerwärtigkeiten des politischen Streber- und Spitzeltums** und der politischen **Gesinnungsschnüffelei** in unsere Beamtenschaft verpflanzen? Blicken Sie nach England, Herr Minister, dort weiß man, warum man auch unter dem parlamentarischen System **ein tüchtiges unpolitisches Beamtentum** sich aufs sorgsamste erhält.

Ich fasse zusammen: Sollte es Ihre Absicht sein, auf dem betretenen Wege fortzufahren, so rufen wir Ihnen zu: **Auf diesem Wege erreichen Sie keine wahre Demokratisierung,** fördern Sie nicht den Geist, der uns nach der Reichsverfassung erfüllen soll. Wir Beamte sind nicht blind gegen die Fehler, die auch uns anhaften. Wir wissen, daß ein frischerer, freierer Zug auch in unsere Reihen hinein könnte, daß insbesondere die Arbeit vieler unserer Berufskollegen lebensvoller, selbständiger, fruchtbarer und damit auch befriedigender gestaltet werden muß. **Wir sind aber am Werke.** Mit Gewaltakten läßt sich hierbei nichts erzwingen, das muß sich notgedrungen bilden und entwickeln und vor allem ist dazu unsere eigene Mitwirkung nötig. **Ihr Weg führt zu einer Kluft zwischen Minister und Beamtenschaft.** In einer Zeit, wo alles darauf ankommt, Gegensätze auszugleichen, **schaffen Sie Abgründe.** Sie rufen die **Beamtenschaft zum Kampfe heraus.** Ihr Mißtrauen gegen uns kann nur Mißtrauen gegen Sie erwecken, der Staat aber braucht eine vertrauende Beamtenschaft, die nicht durch die Sorge um ihre Zukunft und um die Wahrung ihrer Rechte in ihrer Arbeitsfreudigkeit gelähmt wird. Sie und Ihre Kollegen brauchen unsere Mitarbeit, Sie sind auf uns angewiesen. Der Schlag, den Sie gegen uns führen, trifft Sie selbst. **Zertrümmern Sie nicht aus Parteiinteresse,** was im Staatsinteresse erhalten werden muß. Hüten Sie das feine und kostbare Werkzeug, das Ihnen anvertraut ist.

* * *

Die **Beamtenschaft** ist in Sachsen, wie auch in anderen Ländern und im Reiche seit der Umwälzung Gegenstand unerhörter Angriffe von radikaler Seite gewesen. Sie hat ungeachtet dessen weiter ihre Pflicht erfüllt und dadurch — was jeder weiß und was auch im vorstehenden offenen Brief zum Ausdruck kommt — das Vaterland vor dem Chaos gerettet. Wenn die Angriffe sich allzusehr häuften, hat dann und wann einmal ein Minister Worte der Abwehr gefunden, im ganzen hat man sich aber auf Seiten der Spitzen der Regierungen keine allzugroße Mühe gegeben, die Beamten gegen die ungerechtfertigten Anwürfe zu verteidigen. Es blieb bei schwachen Versuchen, was natürlich ist, soweit sozialdemokratische Minister in Frage kamen. Denn diese dürfen und können ja nicht ankämpfen gegen das, was man im Wege der Fälschung die Stimme des Volkes nennt und was in Wahrheit nichts anderes ist, als die Hetze unverantwortlicher Zeitungsschreiber und frivoler Abgeordneter.

Ein **offener Brief eines hohen Ministerialbeamten an seinen Minister** ist etwas Neues. Früher wurden gegensätzliche Meinungen in diesen Kreisen nicht in der Oeffentlichkeit behandelt. Es war dies auch nicht notwendig, da in vergangenen Zeiten die Vorgesetzten eine andere Stellung zu den nachgeordneten Beamten einnahmen, als dies heute leider der Fall ist. Den Beamten bleibt jetzt, bevor sie weitere Schritte unternehmen, die ungeheuere Schädigungen des Staates im Gefolge haben würden, nur die **Flucht in die Oeffentlichkeit** übrig. Ministerialrat Wölker hat sich das große Verdienst erworben — wahrscheinlich im Einvernehmen mit dem sächsischen Beamtenbund, in dem, wie wir hören, große Erbitterung über das Vorgehen des Ministers Lipinski herrscht — in sachlicher und klarer Weise den Standpunkt der sächsischen Beamtenschaft vertreten zu haben. Es handelt sich dabei beileibe nicht nur um das Wohl und Wehe der Beamten, sondern um das des **ganzen Volkes,** weshalb der Brief Wölkers **alle** angeht. Wo kommen wir hin, wenn die Beamtenschaft Lust und guten Willen zum Dienste am Volke verliert? Wenn sie dem Beispiel der sächsischen Minister folgt, die vor kurzem zum Teil für Klassenkampfresolutionen gestimmt haben, und sich nicht mehr **als Diener der Gesamtheit, sondern als solcher von Parteien** fühlt?

Es scheint, als ob die Geduld der sächsischen Beamtenschaft nunmehr am Ende ist. Hoffentlich erkennt das Gesamtministerium den Ernst der Lage und macht unerträglichen Zuständen bald ein Ende. Die Kluft zwischen Ministerien und Beamtenschaft ist geöffnet. Sie kann sich nur wieder schließen, wenn Schluß gemacht wird mit der Herausforderung der sächsischen Beamtenschaft durch den Minister Lipinski, und wenn den Beamten ihre berechtigten Wünsche erfüllt werden. Die maßvollen Ausführungen des Ministerialrats Wölker sollten dem Gesamtministerium und den Parteiinstanzen, von denen es abhängt, eine Menetekel sein!

Große amerikanische Kredite für Deutschland?

Newyork, 15. Juli. Die **Kreditgewährungen** für **Deutschland** sind gut im Gange. Sechs Transaktionen in Höhe von **60 Millionen Dollars** sind in der Schwebe, darunter eine von 9 Millionen für die Getreideeinfuhrstelle.

„New York Tribune", sonst deutschfeindlich, verlangt, Amerika solle **das deutsche Eigentum freigeben.**

*

Berlin, 15. Juli. Die zurzeit in Berlin weilende **amerikanische Finanzkommission,** die sich aus Vertretern der Newyorker Handelskammern zusammensetzt, gibt folgende Erklärung: Wir bereisen Deutschland, die Tschechoslowakei und Oesterreich zu dem Zwecke, um die Zustände dieser Länder zu studieren und Informationen über ihre allgemeine wirtschaftliche und finanzielle Lage zu sammeln. Unsere Stellung ist hier nur die von **Privatleuten,** die, wie übrigens die Geschäftsleute **der ganzen Welt, dafür Interesse haben, was für die**